Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lampions
Kotillon-Fabrik
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Bad Albertshof.
Marmor-Schwimmhalle
mit dauernd frischem Zufluss.
Sämtliche Kurbäder. Prospekte auf Wunsch franko.

Die „Dresdner Nachrichten" in
Meissen links und rechts der Elbe täglich 2 mal
morgens und abends
durch Kobischs Buchhandlung (Curt Knibbe), Meissen, Elbstrasse No. 12.

Grösstes Lager!
Garten-Schläuche
Gummi-Fabrik
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Telephon 289.

Fabrik feiner Lederwaren.
Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.
Reise-Artikel.
Adolf Näter
Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft
26 Prager Strasse 26.

Nr. 208. Spiegel: Schiedlich-Friedlich. Eisenbahner-Verband, Schutzgemeinschaft für Baulieferanten, Deutscher Hausbesitzertag. Kampf um die akadem. Freiheit. Sängerfest in Zürich. | Mutmaßl. Witterung: Schwül, Gewitterneigung. | Sonnabend, 29. Juli 1905.

Schiedlich-Friedlich

geht die Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen vor sich. Die „groß-schwedische" Partei, die sich in eine ordentliche Hurra- und Kriegsstimmung gegen das abtrünnige Norwegen hineingeredet hatte, ist vernünftigen Erwägungen nicht unzugänglich gewesen und hat zusammen mit den anderen Gruppen des schwedischen Reichstages die Bedingungen für die Unionsauflösung, die bekanntlich von einem Sonderausschuß ausgearbeitet und am Donnerstag den Volksvertretern vorgelegt worden sind, angenommen. Die Annahme dieser Bedingungen durch den Reichstag zeigt, daß man in Schweden entschlossen ist, für das einseitige brutale Vorgehen Norwegens und die damit verbundene nationale Kränkung keine blutige Satisfaktion zu fordern, sondern dem von Norwegen heraufbeschworenen Bruch des bisherigen Verhältnisses seine Zustimmung geben will, allerdings nur unter Bedingungen und Formen, bei denen die Würde und das Ansehen Schwedens gewahrt bleibt. Die Bewilligung eines Kredites von 100 Millionen Kronen „für alle Fälle" zeigt deutlich, daß Schweden unter allen Umständen gewillt ist, bei der Auseinandersetzung mit Norwegen auf die korrekte Form und auf Erfüllung seiner Bedingungen zu halten. Nachdem das Ministerium Ramstedt glücklich in der Versenkung verschwunden ist, läßt sich erwarten, daß ein neues, kraftvolleres Ministerium Hand in Hand mit dem Reichstage die Frage fest entschlossen in Angriff nehmen und bald ihrer endgültigen Erledigung zuführen wird. Die ganze unerquickliche Sache der unionellen Abwicklungsaktion zwischen den beiden nordischen Staaten hätte schon längst ihr Ende finden können, wenn nicht das bisherige schwedische Kabinett Ramstedt den unseligen Grundsatz befolgt hätte, alle bedeutungsvolleren staatlichen Probleme, bei deren energischer Lösung Schwierigkeiten zu erwarten waren, auf die lange Bank zu schieben. Diese verfehlte dilatorische Taktik hatte lediglich die Wirkung, daß bei den norwegischen Machthabern das neuerwachte Unabhängigkeitsbewußtsein gestärkt und die Position Schwedens bei der Erörterung der in Betracht kommenden Sonderfragen ohne Not verschlechtert wurde. Es ist deshalb gut gewesen, daß das Ministerium Ramstedt von der Bühne abtreten mußte, um einer entschiedeneren, entschlußkräftigeren Regierung Platz zu machen.

Ueber die Art des Verfahrens bei der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Norwegen bestanden in Schweden große Meinungsverschiedenheiten. Man forderte, ehe Verhandlungen mit dem vertragsbrüchigen Unionsstaate eingeleitet würden, die Wahl eines neuen norwegischen Storthings, um größere Klarheit über die wirkliche Volksstimmung in Norwegen zu erlangen, und in Verbindung damit die Verschiebung der Austragung des Unionstreites bis zum nächsten schwedischen Reichstage. Andererseits befürchtete man von der Berufung an ein neues Storthing und einen neuen Reichstag mit Recht den schwerwiegenden Nachteil, daß bei solcher Verzögerung in der Neuordnung der beiderseitigen staatsrechtlichen Verhältnisse die fremden Mächte vorziehen würden, das neue Norwegen anzuerkennen, wodurch Schweden das Nachsehen gehabt hätte. Um beiden Vorschlägen Rechnung zu tragen, hat man sich schwedischerseits dahin entschieden, zwar auf jeden Fall im Sinne des vox populi — vox Dei eine unzweideutige Kundgebung der norwegischen Volksmeinung zu verlangen, dabei aber offen zu lassen, wie diese erzielt werden soll: ob durch neue Wahlen zum Storthing oder eine allgemeine Volksabstimmung. Mit letzterer dürfte das angestrebte Ziel am schnellsten und sichersten erreicht werden, und aus dieser Einsicht heraus hat denn auch — wie bereits gemeldet — die norwegische Regierung vorgestern dem Storthing einen Entwurf vorgelegt betreffend eine Volksabstimmung über die Unionsauflösung, der auch sofort an eine Kommission zur Vorberatung gewandert ist. Der Annahme der schwedischen Forderung, durch eine Volksabstimmung über die Trennung von Schweden beschließen zu lassen, dürften sich Regierung und Parlament in Norwegen nicht gut entziehen können, da dies nur zeigen würde, daß man zu der vielgerühmten Einigkeit des norwegischen Volkes in der Unionsfrage kein rechtes Vertrauen hat. Außer dieser befindet sich in den Bedingungen noch eine bittere Pille für Norwegen: die schwedische Forderung, alle Befestigungsanlagen innerhalb eines gewissen Grenzgebietes auf beiden Seiten zu schleifen. Norwegen müßte also seine in den letzten Jahren hergestellten, vielbesprochenen „Grenzfestungen" opfern. Die übrigen Bedingungen sind leichterer Natur. Die von Schweden geforderte Sicherung des Transithandels liegt im beiderseitigen Interesse, und die Festlegung der Weidegerechtigkeit für die schwedischen Renntierherden bei ihrer Wanderung in die norwegischen Gebiete ist am Platze, weil die Lappländer kaum in der Lage sind, ihren Herden, die dem Renntiermoos nachgehen, den Weg vorzuschreiben.

Wenn auch die Forderung Schwedens nach Schleifung der Grenzfestungen und das Verlangen nach einer neuen Bekundung des norwegischen Volkswillens voraussichtlich auf manchen Widerstand bei den Norwegern stoßen werden, so darf man — alles in allem genommen — trotzdem erwarten, daß Regierung, Volk und Presse dort sich nicht grundsätzlich und von vornherein gegen die schwedischen Trennungsbedingungen ablehnend verhalten, sondern, um auch ihrerseits die friedliche Abwicklung der Angelegenheit zu fördern, soweit als möglich dem mit Recht sich durch den schroffen Unionsbruch beleidigt fühlenden Brudervolk entgegenkommen werden. Diese vernünftige Grundstimmung dürfte eine sanfte Nachhilfe noch durch den Umstand erfahren, daß — wie bereits erwähnt — der schwedische Reichstag den 100 Millionen-Kredit bewilligt hat, der zur Verwendung kommen soll, „wenn die Verhältnisse dies erfordern". Das ist ein Wink mit dem Zaunspfahl, den die Norweger nicht gut übersehen können, und der zeigt, daß die Schweden doch nicht gesonnen sind, so ohne weiteres die Suppe, die ihnen die Norweger eingebrockt haben, auszulöffeln; die militärische Ueberlegenheit Schwedens läßt den Ausgang einer eventuellen kriegerischen Auseinandersetzung kaum zweifelhaft erscheinen. Hoffentlich kommt es aber zu einer schnellen und gütlichen Einigung, denn die schwedischen Bedingungen sind bei unvoreingenommener Prüfung sehr wohl für Norwegen annehmbar, und dieses hat wirklich kein Recht, sich jetzt noch — wo das schwer beleidigte Schweden in nobler Art die Hand zum friedlich-schiedlichen Ausgleich bietet — ihm gegenüber aufs hohe Pferd zu setzen.

Einstweilen hat die norwegische Regierung mit ihrem Wunsche nach auswärtiger Anerkennung des 7. Juni einen Mißerfolg geerntet, und zwar an einer Stelle, wo sie ihn vielleicht am wenigsten erwartete. Sie wandte sich in einer Kriminal-Angelegenheit um Auskunft nach Washington, aber die Antwort ging an die schwedische Instanz nach Stockholm. Gegen die von einem Teile der Berufspolitiker befürwortete republikanische Verfassung bekunden die entscheidenden Kreise eine sich steigernde Abneigung; in diesem Sinne hat sich der ihnen nahe stehende Fridtjof Nansen einem dänischen Besucher erklärt. Professor Nansen machte dabei Mitteilungen über den Unionsstreit, die im Hinblick auf die Antwort, wie sie der schwedische Reichstag den Norwegern soeben gegeben hat, besonderes Interesse bieten. Nansen erklärt, daß Norwegen auf jede billige Forderung, die Schweden stelle, eingehe. Ständen die Forderungen aber in Widerspruch mit Norwegens Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht, so werde Schweden Widerstand erfahren. Nansen kann nicht glauben, daß Schweden die Verhandlungen in die Länge ziehen wolle. Sollte dies, sagt Nansen, wirklich geschehen, dann könnte der Fall eintreten, daß Europa die Selbständigkeit Norwegens anerkenne, ohne daß Schwedens Zustimmung eingeholt werde. Die ungeregelten Zustände, in denen Norwegen jetzt lebe, würden nicht bloß von diesem Lande, sondern auch von den fremden Mächten, mit denen die Norweger im Verkehr ständen, als ein Uebelstand empfunden. Hinsichtlich der Frage Monarchie oder Republik bemerkte Nansen, daß die Mehrheit in Norwegen an der Monarchie festhalte, auch er tue dies. Man könne wohl theoretisch für die Republik schwärmen, aber in der Praxis müßten sich die Norweger an das Königtum halten. Jetzt gelte die Verfassung vom 17. Mai 1814, nachdem die geänderte Verfassung vom 4. November desselben Jahres außer Kraft getreten sei, aber beide wollten Norwegen zur Monarchie machen. Und die Norweger unternähmen nicht den revolutionären Schritt, die Verfassung umzustürzen. Indessen sei es selbstverständlich, daß die Norweger nicht rund in Europa nach einem Prinzen suchen könnten, sodaß die Möglichkeit vorliege, die republikanische Staatsform wählen zu müssen. Dem Umstand, daß Kaiser Wilhelm in diesem Jahre unterlassen habe, Norwegen zu besuchen, legten die Norweger keine politische Bedeutung bei. Sie wüßten aus deutschen Blättern, woran dies liege. König Oskar habe durch den Kronprinzen das bestimmte Ersuchen an den Kaiser gerichtet, in diesem Jahre nicht nach Norwegen zu reisen, und die allgemeine Höflichkeit habe es erfordert, daß der Kaiser dem Wunsche nachkam.

Bei dem Ansehen, das Nansen genießt, ist seine Stimme von ganz besonderer Bedeutung, und die maßvolle Art seiner Aeußerungen stärkt die erfreuliche Hoffnung, daß bei den zwei feindlichen nordischen Brüdern die Stimme der ruhigen Vernunft und des wohlerwogenen Eigeninteresses siegen und die schwebenden Ausgleichsverhandlungen zum gedeihlichen Resultate führen wird. Auch deutscherseits kann man nur wünschen, daß die leidige Angelegenheit durch gegenseitige Rücksichtnahme und beiderseitiges aufrichtiges Bemühen zu einem für die uns stammverwandten germanischen Völker im hohen Norden glücklichen und ehrenvollen Ergebnis kommen wird: schiedlich, friedlich!

Neueste Drahtmeldungen vom 28. Juli.

Der russisch-japanische Krieg.

Tokio. (Amtliche Mitteilung.) Die japanische Sachalin-Armee meldet: Eine unserer Abteilungen trieb am 24. d. Mts. den Feind in der Nähe von Alcova I. zurück und besetzte die Linie von Polowinka bis Alcova II. In jener Gegend war der Feind ein Bataillon Infanterie, einige Freiwillige und acht Feldgeschütze stark. Er floh in der Richtung auf Lonikow zu. Noch vor diesem Treffen war eine andere Abteilung unter dem Schutze von Torpedobootzerstörern nach der Landungsbrücke von Alexandrowsk, die die Russen zu verbrennen suchten, geschickt worden. Es gelang dieser Abteilung die noch unverbrannte Brücke zu nehmen und verschiedene Angriffe des Feindes abzuschlagen. Ebenso wurde Mugati von uns besetzt, und die Russen unter Mitwirkung obengenannter Schiffe vertrieben. Um 3 Uhr nachmittags besetzte eine unserer Abteilungen Alcova III, während eine andere auf Alexandrowsk marschierte. Es gelang letzterer Truppe, die Russen zu schlagen und die Stadt Alexandrowsk um 7 Uhr 15 Min. zu besetzen. Der Feind behauptete sich in einem Werke östlich und auf den Höhen im Nordosten der Stadt. Bei Tagesanbruch am 25. Juli gingen wir wieder zum Angriff vor und trieben den Feind bis nach Novo-Michaelowskoy. An demselben Tage fiel Done in unsere Hände und zwar ebenso wie Alexandrowsk unverbrannt. Wir machten 200 Gefangene.

Tokio. Aussagen russischer Gefangener, die in Nordkorea den Japanern in die Hände gefallen sind, teilen mit, daß die Verbindungen zwischen Wladiwostok und dem Tumenflusse auf dem Seewege unterbrochen sind. Die Verproviantierung der russischen Truppen geschieht ausschließlich auf dem Landwege.

Die Friedensmission.

Newyork. (Priv.-Tel.) Ueber die japanischen Friedensbedingungen ist nach einer Washingtoner Meldung der „World" in amtlichen amerikanischen Kreisen bekannt, daß Japan 1 Milliarde Dollars Kriegsentschädigung, die Abtretung der Liautung-Eisenbahn, Sachalin, Port Arthur und Charbin, die Anerkennung des vorherrschenden Einflusses Japans in Korea und die Rückgabe der Mandschurei an China verlangen werde.

Newyork. (Priv.-Tel.) China wird dem Friedenskongreß eine Forderung von 1 Milliarde Dollars für in der Mandschurei angerichtete Schäden vorlegen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Ueber die dieser Tage gemeldeten blutigen Unruhen in Nischni-Nowgorod veröffentlicht jetzt der offizielle Regierungsbote nähere Details. Die revolutionären Arbeiter, die seit einiger Zeit streikten, hielten eine Versammlung auf dem Ostroschnaja-Platze ab und beschlossen einen großen Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Eine Gruppe von Arbeitern, die gegen den Streik war, da er sie brotlos machte, bot dem einschreitenden Polizeimeister an, sein Vorgehen gegen die Demonstranten zu unterstützen. Der Polizeimeister rief telephonisch eine Sotnie Kosaken herbei und löste nach ihrem Eintreffen die Versammlung auf. Am nächsten Tage wiederholten sich die Demonstrationen auf derselben Stelle. Die Arbeitswilligen schossen auf ihre streikenden Kollegen und verwundeten mehrere von ihnen schwer. Das Signal zu einer allgemeinen Schlacht war gegeben. Die Polizei war machtlos. Der Gouverneur requirierte eiligst Militär. Bei dem nun folgenden Kampfe gab es 10 Tote, 28 Schwer- und 46 Leichtverwundete. Man glaubt, daß der ganze Exzeß von der Polizei arrangiert war.

Moskau. (Priv.-Tel.) Die Polizei nahm in der Wohnung des Vorsitzenden des letzten Semstwo-Kongresses eine Haussuchung vor und beschlagnahmte zahlreiche Schriftstücke.

Warschau. (Priv.-Tel.) Die Gerüchte, daß Generalgouverneur Maximowitsch geflüchtet sei, werden entschieden dementiert.

Warschau. (Priv.-Tel.) Seit drei Wochen streiken 4500 Arbeiter der hiesigen englischen Spinnerei. Sie umstellten jetzt, um 32 neue Forderungen bei der Fabrikverwaltung durchzusetzen, alle Fabrikräume und versperrten jeden Zutritt. Der Warschauer Gouverneur entsandte eine Infanterie-Abteilung. Die Arbeiter verließen ihre Posten, doch verlangen sie andauernd die Annahme ihrer Forderungen. Die Verwaltung der Fabrik trat zu einer Beratung zusammen. Die Situation ist gefährlich. — 1000 Kanalisations-Arbeiter sind hier in den Ausstand getreten. — In Dombrowa mißhandelten Arbeiter in der Hutfabrik den Direktor. Sie fordern die anderen Arbeiter des Reviers auf, mit ihnen zu streiken.

Poltawa. (Priv.-Tel.) Auf dem hier abgehaltenen, von allen politischen Parteien der Ukraine beschickten Kongreß wurde folgendes Programm aufgestellt: Vollständige Autonomie der Ukraine mit einem autonomen Landtage in Kiew, Einführung der ruthenischen Sprache in Schule und Amt und Unterstützung aller kulturellen Bestrebungen.

Wien. (Priv.-Tel.) Wie aus Odessa hierher telegraphiert wird, hat dort eine Gruppe Bürger an alle Konsuln Warnbriefe geschrieben, daß die seit langem verschärfte Agitation für einen Aufstand gegen die Juden bei Arbeitern und Soldaten von großem Erfolge begleitet war. Als Datum für die Erhebung ist in den geheim verteilten Proklamationen heute (Freitag) nacht festgesetzt. Die Warnbriefe führen aus, daß bestimmt angenommen werden kann, daß Soldaten sich an die Spitze der Unruhestifter stellen und ihnen gewiß nicht Einhalt tun werden. Man deutet an, daß die Behörden vollständig informiert sind. Da nun die Bürger außer stande sind, selbst ihr und ihrer Mitbürger Leben zu verteidigen, bitten sie die Konsuln, bei den lokalen Behörden Vorstellungen zu erheben; denn sicher sei, daß der Angriff des Pöbels und der Soldaten nicht auf die Juden beschränkt bleiben werde, daß vielmehr alle Einwohner von Odessa, Einheimische und Fremde, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser ist heute nachmittag von Cadinen über Elbing abgereist, von wo aus er sich nach Marienburg begibt. Die Weiterreise nach Danzig erfolgt am Abend. Hier ist auch die Besichtigung der Kaiserlichen Werft in Aussicht genommen. Im Anschluß hieran wird der Kaiser an Bord der „Hohenzollern" seine Ostseereise in der Richtung nach Kopenhagen fortsetzen. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, wird der Kaiser dort am 31. Juli erwartet.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nähe von Hasselwerder sind vergangene Nacht drei Kellner und ein Bierzapfer bei einer Kahnfahrt infolge Kenterns des Bootes ertrunken.

Berlin. (Priv.-Tel.) Graf Pückler-Klein-Tschirne, gegen den die Glogauer Strafkammer einen Haftbefehl erlassen hat, soll sich über Holland nach England begeben haben.